Nummer 252

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 70 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

64. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9gespaltene Zeile 1,30 Mk., Reklamezeile 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten-listen, Ziehungslisten der Preussischen Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Übersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone"

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Mittwoch, 4. Juni 1919

Fernsprecher der Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Zur gesetzlichen Regelung der Betriebsräte.

Von

E. Hartmann, Mitgl. d. Nationalversammlung.

Durch die revolutionären Umwälzungen ist die Frage der Arbeiterräte recht bedeutungsvoll für die Entwicklung unserer ganzen Verhältnisse geworden. Die Meinungen über eine zweckmäßige Lösung dieser Frage, die im Interesse der Gesamtheit unseres Volkes und unserer wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung dringend notwendig ist, gehen dabei recht weit auseinander. Auf der radikalen Seite wird verlangt, daß alle Macht den Arbeiterräten in die Hand gegeben werden soll, eine Forderung, die dem wahren demokratischen Gedanken widerspricht und die breiten Massen unserer Volksgenossen unter eine neue Diktatur stellen würde, die man mit aller Entschiedenheit ablehnen muß. Wenn es jemals notwendig war, alle leistungsfähigen Kräfte aus allen Schichten des Volkes für unsere Wirtschaft mobil zu machen und an gegneten Stellen zu verwenden, so ist es jetzt unser den uns drohenden Friedensbedingungen erst recht erforderlich. Schon deshalb kann man nicht einer einzelnen Bevölkerungsschicht, mag sie auch ziffernmäßig stark im Vordergrund stehen, ein alleiniges Bestimmungsrecht einräumen.

Dagegen ist es von wesentlicher Bedeutung, daß den Arbeitervertretungen und auch den Vertretern der Angestelltenschaft, in den einzelnen Betrieben des Gewerbes und der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft weitergehende Rechte und Befugnisse eingeräumt werden, wie sie bisher bestanden haben. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hat bereits in dieser Richtung einen Schritt nach vorwärts getan. Es enthielt die Bestimmung, daß in den Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern Arbeiterausschüsse zu errichten seien und es gab diesen Arbeiterausschüssen bestimmte Aufgaben. Ein Teil der Großindustrie und des Großhandels stand den Arbeiterausschüssen in ihrer obligatorischen Form recht unfreundlich gegenüber und es wurden mehrfach Meinungen geäußert, daß nach Beendigung des Krieges das Obligatorium zur Errichtung von Arbeiterausschüssen fallen müsse und daß es der Freiwilligkeit zu überlassen sei, ob diese Ausschüsse weitergeführt werden sollen oder nicht.

Die Entwicklung der Dinge hat einen anderen Weg genommen. Statt des freiwilligen übereinkommens soll die zwangsweise Weiterführung einer angemessenen Arbeitervertretung in den Betrieben zur Regel werden und das ist gut so, weil nachweislich feststeht, daß nur so eine zeitgemäße Regelung eintreten kann, die auch den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient. Wir sind in unserm Lande mehr denn je darauf angewiesen, daß unter Berücksichtigung unserer äußerst gedrückten und schwierigen Lage Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam beraten, was zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft notwendig ist, wie sich die Betriebsverhältnisse gestalten werden und was zu ihrer Förderung geschehen muß. Das geht nun allerdings nicht, ohne daß den Arbeitern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Dieser Gedanke ist durchaus keineswegs neu, er ist nicht erst durch die Revolution entstanden, sondern er wurde schon lange Jahre vor dem Kriege von den Arbeiterorganisationen ausgesprochen und vertreten, ohne jedoch in der Industrie die genügende Berücksichtigung zu finden. Es ist dann in der weiteren Folge durch die Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 eine obligatorische Überleitung der Arbeiterausschüsse in den Friedenszustand erfolgt, die sich im wesentlichen den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes anschloß, die aber nur als Provisorium angesehen werden kann. Die endgültige Regelung dieser Frage durch die Gesetzgebung ist in Vorbereitung und dürfte, eine Besprechung dessen, was zu den Aufgaben dieser Arbeiterausschüsse gehört, denen man den Titel „Betriebsräte" geben will, durchaus am Platze sein. Es ist die gegliederte Einrichtung dieser Betriebsräte, braucht an dieser Stelle nicht viel gesagt werden. Es genügt der Hinweis, daß in allen Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern Betriebsräte zu errichten bzw. weiter zu führen sind. Bei größeren Betrieben mit mehreren Abteilungen wird es angebracht sein, daß für jede größere Abteilung ein Betriebsrat besteht und daß diese einzelnen Betriebsräte dann durch Vertreter in einen Gesamtbetriebsrat zusammengeschlossen werden.

Wichtigerer wie der Aufbau der Betriebsräte ist wohl die Frage wegen sie dienen sollen und welche Aufgaben ihnen obliegen. Es erscheint dabei notwendig darauf hinzuweisen, daß mit der Errichtung derartiger Arbeitervertretungen der Standpunkt fortschreitender Unternehmer aus früherer Zeit, daß nur sie allein zu bestimmen haben und daß man den Arbeitervertretungen nur so nebenher ein Beratungsrecht oder ein Vorschlagsrecht zugestehen könne, nicht mehr haltbar ist. Entgegengesetzt sollen aber die Betriebsräte nun nicht allein bestimmend sein, sondern es wird darauf ankommen, ausgleichend zu wirken und möglichst beiden Teilen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gerecht zu werden. Die Leistungs- und Ertragsfähigkeit eines Werkes liegt nach den neuen Verhältnissen und bei dem Willen zur Überleitung reifer Betriebe in die Gemeinwirtschaft nun erst recht im Interesse beider Teile. Wenn eine Übereinstimmung dieser beiden Teile nicht zu ermöglichen ist, dann dürfte der Weg zum Schlichtungsausschuß durchaus gangbar sein, der aber auch beschritten werden muß, ehe es zum offenen Bruch kommt. Schon mit Rücksicht auf die kommenden Verhältnisse in unserem Land muß alles daran gesetzt werden, um größere Lohnkämpfe evtl. möglichst zu vermeiden.

Um dieses Ziel erreichen zu können, sollen die Betriebsräte nicht eine reine Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber sein, sondern sie sollen mitwirken, um die Leistungsfähigkeit des Betriebes zu steigern und die Produktion auf einen möglichst hohen Stand hinaufzubringen. Sie werden die Aufgabe haben müssen, die Tarifabmachungen zu überwachen und dort, wo solche nicht bestehen, die Regelung der Lohnfragen und der Arbeitsverhältnisse in ihrer Allgemeinheit in die Hand zu nehmen. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Betriebsräte ihre Augenmerk auch auf die Heranbildung des Nachwuchses und die genügende Fachausbildung der Lehrlinge richten müssen, die man in der letzten Zeit wohl nicht genügend berücksichtigt hat.

Den Betriebsräten ist weiter ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften einzuräumen, wobei aber mit Nachdruck gefordert werden muß, da fhierbei keinerlei Rücksicht auf die Stellung der Arbeitnehmer zur Politik, Religion oder zu einer bestimmten Gewerkschaft genommen werden darf, sondern daß lediglich das Interesse des Betriebes ausschlaggebend sein muß. In Streitfällen würde auch hier der Schlichtungsausschuß anzurufen sein. Dabei ist zu betonen, daß es auch zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören muß, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern und dahin zu wirken, daß unliebsame Störungen durch politische, religiöse und gewerkschaftliche Streitfragen im Betrieb vermieden werden. Das wird nicht immer leicht sein, kann aber nicht um gangen werden, denn der Terrorismus von Arbeitern gegen Arbeiter, wie er heute leider besteht, muß aufhören, wenn wir unsere Wirtschaft wieder einigermaßen auf die Beine helfen wollen.

Den Betriebsräten würde weiter die Pflicht auferlegen sein, daß im Falle eines zu beschließenden Streiks eine ordnungsmäßige, geheime Abstimmung stattfindet, die den allgemein gültigen und anerkannten Grundsätzen der beteiligten Organisationen entspricht. Sie sollen weiter die Aufgabe haben, an der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren teilzunehmen, bei der Gewerbeaufsicht sowie an der Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere der Arbeiterwohnungen, mitzuwirken, Vertreter in die Organe zu entsenden, die die Leitung und Überwachung der Betriebe bezwecken, um einen Einblick in die Ertragsfähigkeit des Betriebes zu erhalten und so das Interesse der Arbeiter am Gedeihen des Betriebes zu steigern. Darauf muß es besonders ankommen, daß sich die Arbeiterschaft als ein gleichberechtigtes Glied im Produktionsprozeß fühlt und nicht als ein untergeordneter Faktor, den man nicht zu beachten braucht. Jahrelange Verneinheitsfügungen in dieser Richtung haben viel dazu beigetragen, die mißlichen Zustände zu schaffen, unter denen unsere Wirtschaft heute so schwer leidet. Gibt man den Arbeitern in den Betriebsräten eine angemessene Vertretung in der hier bezeichneten Richtung, so dürfte das wesentlich dazu beitragen, die seelische Erkrankung, die den Wiederaufbau hindert, zu heilen und die Möglichkeit zu einer Gesundung unserer Verhältnisse zu schaffen.

Das Rätselspiel von Versailles.

Ostafrika für Oberschlesien?

TU **Amsterdam**, 4. Juni.

Einer Londoner Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge verbreitet die Exchange Agentur eine Pariser Information, wonach man in dortigen unterrichteten Kreisen annimmt, daß die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge gegen Ende dieser Woche erteilt werden dürfte. Es könne aber bereits heute gesagt werden, daß diese keine Aussicht auf Annahme haben. In der Antwortnote der Alliierten wird den deutschen Bevollmächtigten eine letzte Frist von drei bis vier Tagen gestellt werden, innerhalb der sie sich entschließen müssen, ob sie die Bedingungen der Entente annehmen wollen oder nicht. Nach dem erwähnten Bureau scheint die Verteilung der deutschen Kolonien unter die Alliierten noch keine endgültig beschlossene Sache zu sein und in Versailles einiges Kopfzerbrechen zu verursachen. Wie die Exchange Agentur nämlich wissen will, sollen in Paris die Besprechungen unter den Alliierten wegen Überlassung eines Teiles der deutschen Kolonien an England von neuem aufgenommen werden. Ebenso unsicher scheint noch das Schicksal Oberschlesiens zu sein. Lloyd George hat angeblich im Viererrat den Antrag eingebracht, zur Erleichterung des deutschen Wirtschaftslebens Oberschlesien bei Deutschland zu belassen. Andererseits, so heißt es, sollen amerikanische Schiedsrichter das Präsidenten Wilson nahegelegt haben, dafür einzutreten, daß Oberschlesien zwar an Polen fallen, Deutschland jedoch dafür das Mandat über Deutsch-Ostafrika erhalten solle, um ihm die Möglichkeit zu geben, seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Auf jeden Fall lassen alle diese Meldungen erkennen, daß es in Paris beinahe ebensoviel Meinungen wie Leute gibt.

Nur „unbedeutende" Meinungsverschiedenheiten.

TU **Amsterdam**, 4. Juni.

In einem Pariser Telegramm teilt Reuter mit, daß gegenüber den Meldungen von Meinungsverschiedenheiten unter den englischen Mitgliedern der Friedenskonferenz hinsichtlich der Gewährung von Konzessionen an Deutschland, wird von heutiger Seite erklärt, daß natürlich die persönlichen Ansichten der einzelnen Delegierten nicht immer übereinstimmen, von bedeutenden Meinungsverschiedenheiten jedoch keine Rede sein könne.

Der Henkersfriede für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 3. Juni.

Unter dem Eindruck der harten Friedensbedingungen der Entente trat der Hauptausschuß unter Vorsitz des Präsidenten zu einer Beratung zusammen. Der Staatssekretär des Äußern Bauer erstattete eingehenden Bericht, aus dem sich ergibt, daß bei einem Festhalten der Entente an den von ihr gestellten Bedingungen eine Lebensmöglichkeit für die deutsch-österreichische Republik nicht gegeben erscheint. An den Bericht schloß sich eine erschöpfende Wechselrede an, wobei der Bericht Bauers bei den Vertretern aller Parteien einmütige Zustimmung fand. Es wurde zur Kenntnis genommen, daß sich Präsident Seitz, Vizepräsident Fink und Staatssekretär Bauer heute abend nach Feldkirch begeben, um mit Staatskanzler Renner, der dort erwartet wird, in unmittelbare Fühlung zu treten. Die drei Beamten werden Freitag wieder nach Wien zurückkehren und dann sofort zusammentretenden Hauptausschuß neuerdings berichten.

In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß die Friedensbedingungen die schlimmsten Befürchtungen übertreffen. Sie werden in ihre gegenwärtigen Fassung als unannehmbar und der Friede als ein Henkersfriede bezeichnet. Man glaubt, daß die deutsch-österreichische Friedensdelegation dasselbe Verfahren einschlagen werde, wie die deutsche Delegation, und daß in der deutsch-österreichischen Antwortnote in Form von Gegenvorschlägen und Gegenäußerungen den Ententemächten das Unannehmbare dieser Friedensbedingungen bewiesen wird.

Das „Neue Wiener Abendblatt" berichtet, daß im gestrigen Kabinettsrat wiederholt darauf hingewiesen wurde, wie Allig von Anfang an erklärt habe, daß die Entente Österreich freundlich gesinnt sei und alles tun werde, um den Bestand der jungen Republik zu sichern, falls diese sich dem Willen der Entente gefügig zeigen sollte. Es zeige sich aber, daß Allig entweder mit feigherzigen Mitteln arbeitete oder aber von seiner Regierung im Stich gelassen wurde. Jedenfalls betrachteten sich die politischen Parteien aller Verpflichtungen gegenüber Allig ledig.

*

Paris, 3. Juni.

Renner ist um 5 Uhr 30 Minuten nachmittags von St. Germain nach Paris abgereist, von wo er sich abends mit dem Orient-Expreßzug nach Innsbruck begeben wird.

Die demokratische Partei zum deutschen Friedensvorschlage.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei der Deutschen Nationalversammlung hat heute vormittag einstimmig folgenden Entschluß gefaßt:

„Zu vollständiger Uebereinstimmung mit dem Reichsministerium und den Mitgliedern der Fraktion im Kabinett erklärt die deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung die Zustimmung zu dem deutschen Friedensvorschlage trotz seiner bis an die äußerste Grenze gehenden Belastung, und beharrt einmütig auf dem Standpunkt, daß der mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes unvereinbare, völlig unerfüllbare Friedensvorschlag der Entente unannehmbar ist und bleibt."

Norwegische Lebensmittel für Deutschland.

Eigener Drahtbericht.

Us **Hamburg**, 4. Juni.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Christiania gemeldet: Zwischen der norwegischen Regierung und den deutschen Unterhändlern ist hinsichtlich des Kaufs von Heringen und Fett jetzt volle Einigkeit erzielt worden, es handelt sich um 750 000 Tonnen Heringe und 10 000 Tonnen Speisefett, die deutscherseits zu einem Gesamtpreise von rund 80 Mill. Kronen von Norwegen gekauft worden sind.

Kleine Nachrichten.

Die von der „Freiheit" verbreitete Nachricht, daß heute die Arbeiterschaft aller Betriebe in München zum Protest gegen das Urteil im Prozeß Levine in den Streik eingetreten sei, ist falsch. Es wird in München überall gearbeitet, die Stadt ist vollkommen ruhig.

*

Die Nachricht von der beabsichtigten Ernennung des Dr. August Müller zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bestätigt sich nicht.

*

Der Abg. Dr. Kelle hat angefragt, was die Regierung gegen die Werbung französischer Behörden in den besetzten Gebieten zum Eintritt in die französische Fremdenlegion zu tun gedenke.

*

Es wird gemeldet, daß Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die kürzliche Anfrage der Ententemächte geneigt haben, bei einer eventuellen Ernennung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

*

Die spanische Kammer wird voraussichtlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: 222 Konservative, 129 Liberale, 22 Regionalisten, 19 Republikaner, 7 Sozialisten, 7 Reformisten, 7 Unabhängige und 10 Jaymisten.

Politischer Tagesspiegel.

„Pfaffenrepublik."

Es ist zu begrüßen, daß die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung sich endlich zu einer eindeutigen und energischen Erklärung aufgerafft hat, die zwischen der Partei und den rheinischen Separatisten einen dicken Strich zieht. Das war umso mehr nötig, als das in der rheinischen Angelegenheit beachtetste Blatt, die „Kölnische Volkszeitung" von einem zum mindesten lau zu nennenden Standpunkt erst an dem Tage sich entfernt hat, an dem der Dr. Froberger aus der Redaktion der „K. V." ausschied, um sich ganz der Verschwörung hingeben zu können. Die Haltung dieser bedeutenden und in der Rheinprovinz vielgelesenen Zeitung dürfte es am meisten verschuldet haben, daß im Munde der empörten Bevölkerung die „Rheinrepublik", dieser aus dem Bunde bestehender Eitelkeit mit Annexionswut hervorgegangene Bastard, den Namen Pfaffenrepublik empfangen hat. Gegen diese Bezeichnung, die von sozialdemokratischen Flugblättern zum Schlag wort gemünzt wurde, verteidigt die „Germania" ihre Partei und nimmt unter Hinweis auf die sehr unklerikale Persönlichkeit des Operetten-Präsidenten Dorten die rheinische Geistlichkeit in Schutz. Zugleich weist das Blatt, um die Stimmung in der Rheinprovinz zu charakterisieren, auf die Folgen des Kulturkampfes hin, die die Torheiten des Ministers Adolf Hoffmann in den Rheinlanden gezeitigt haben. Sollten diese Folgen so nachhaltig gewesen sein, wie sie bisher geschildert wurden, so dürfte die Aufgebrachtheit gegen den längst abgelagten Minister eben durch die Agitation nicht verallgemeinert und zur Abneigung gegen Berlin verbreitert werden. Es ist sicher, daß in dieser Beziehung rheinische Zentrumskreise eine gewisse Stimmung auf sich geladen haben.

*

Bethmann-Hollwegs offener Brief.

Zu dem offenen Briefe, den Herr von Bethmann-Hollweg an die Verfasser der deutschen Note über die Schuldfrage richtet, deckt er angebliche Widersprüche auf und wendet sich gegen Unbilligkeit und Ungerechtigkeiten, die nach seiner Meinung die Deutschheit (gegen seine eigene Politik) enthält. Wir wollen ganz von dem sachlichen Moment absehen. Die Angelegenheit selbst zu prüfen, würde viel Zeit und viel Aktenmaterial erfordern. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß es absolut nicht im Interesse der deutschen Sache liegt, wenn Herr von Bethmann-Hollweg, wie er es mit diesem offenen Briefe tut, der Entente Material zur Antwort auf die deutsche Note in die Hände spielt, indem er die Arbeit der deutschen Delegation öffentlich einer derartigen Kritik aussetzt. Er wird vor dem Tribunal, das er selbst herbeiwünscht, später reichlich Gelegenheit haben, seine Politik zu entschuldigen.

*

Eine schlechte Maske.

Die „Republik" ist wieder auferstanden. Neben Wilhelm Herzog zeichnet jetzt Ernst Däumig als Leiter des Blattes, das in der Unterzeile „Tageszeitung für die Deutschen Arbeiterräte" führt und so seiner Arbeit von vornherein den Rahmen gibt. Däumig, dessen Qualitäten als Volksführer sein Parteibruder Kautsky so lebhaft bezweifelt, benutzt gleich in der ersten Nummer einen plumpen Schwindel zu Agitationszwecken und bestätigt damit Kautskys Urteil, daß er, Däumig, an alles andere als an Intelligenz und Ideale des Proletariats appelliere. Er drückte den Aufruf des polnischen Arbeiterverbandes für den Kreis Schwetz ab, in dem die Polen die deutschen Arbeiter des Kreises zu freiwilliger Unterwerfung unter die polnische Herrschaft im Interesse der internationalen Arbeitersolidarität auffordern. Jeder Unbefangene, aber auch der intelligente Befangene, also auch Herr Däumig, muß hinter dem Aufrufe das Gesicht der alt-polnischen Mache sehen. Diese klare Erkenntnis spricht das vernichtende Urteil über die Sympathie, mit der die „Republik" den Aufruf begleitet.

U. S. P. D. und Rheinrepublik.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, der sich gegen die Losreißungsbestrebungen im Westen wendet. Der Aufruf kennzeichnet als die Schuldigen die Führer des rheinischen Kapitals und des katholischen Klerus und erklärt, das Proletariat fordere gerade von seinem grundsätzlichen internationalen Standpunkt aus den nationalen Einheitsstaat. Der Aufruf sagt dann weiter:

> Unsern revolutionären, sozialistischen und internationalen Grundsätzen folgend, habt Ihr, Arbeiter der vom Verrat bedrohten Gebiete, bereits durch die Proteststreiks in Köln, Wiesbaden, Mainz und anderen Orten mit aller Kraft gegen die Zerreißungs- und Zerstückelungsbestrebungen der kapitalistischen und klerikalen Nationalverderber demonstriert. Ihr werdet Euch auch weiter von allen nationalistischen Kundgebungen fernhalten. Bleibt aber unbeugsame Feinde aller separatistischen Verräterei, die die Aufrichtung der deutschen sozialistischen Republik unmöglich machen sollen.

Wir selbst haben zu der Angelegenheit an anderer Stelle dieses Blattes Stellung genommen. Auf die außerordentlich scharfen, nach der Art der Unabhängigen stark verallgemeinernden Angriff gegen den Klerus, d. h. das Zentrum, wird diese Partei nicht umhinkönnen, zu reagieren.

Dr. Dorten — Ententeagent.

Berlin, 3. Juni.

Am Dienstag nachmittag fand im Abgeordnetenhause abermals eine Aussprache der Abgeordneten der besetzten Gebiete über die durch die letzten Vorgänge im Rheinland geschaffene Lage statt. Von den dabei gemachten Mitteilungen waren diejenigen von besonderem Interesse, die sich mit der Person

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist heute bei Nr. 13 **Dachdeckermeister. Zementwaren und Dachpappenfabrikant Franz Ratthey in Driesen** eingetragen worden:

Dem Dachdecker Paul Ratthey in Driesen ist Prokura erteilt. (1229e)

Driesen, 26. Mai 1919.

Das Amtsgericht.

Berichtigung.

Zur Eintragung H.-R. A 430 **Georg Korn:** Es muß statt Lederfabrik heißen: **Lederwaren-Fabrik Oberswalde**, 27. Mai 1919.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister A unter Nr. 1490 ist heute eingetragen worden: Die Firma **Technisches Büro für Industriebedarf und Industrievertretungen, Wilhelm Saalfelder, Ingenieur**, in **Erfurt** und als alleiniger Inhaber der Ingenieur Wilhelm Saalfelder in Erfurt.

Erfurt, 28. Mai 1919. (1229i)

Amtsgericht, Abt. 3.

In unser Handelsregister A unter Nr. 430 bei der Firma **J. C. Groß** in **Erfurt** ist heute eingetragen worden: Dem Kaufmann Friedrich Saalfeld in Erfurt ist Prokura erteilt. (1228i)

Erfurt, 30. Mai 1919.

Amtsgericht, Abt. 3.

In unser Handelsregister B unter Nr. 24 ist heute bei der Firma **Privatbank zu Gotha, Filiale Erfurt** in **Erfurt** eingetragen worden: Der Direktor Dr. Viktor Steinohrt in Weimar ist zum Vorstandsmitgliede bestellt.

Erfurt, 26. Mai 1919. (1228g)

Amtsgericht, Abt. 3.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 405 ist bei der Firma **Löblich & Franke, Kammfabrik** in **Naumburg a. S.** heute eingetragen: Arthur Franke ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. (1229k)

Naumburg a. S., 26. Mai 19.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister Abteilung A ist unter Nr. 286 die Kommanditgesellschaft in Firma **Hirsch & Co.** mit dem Sitz in **Kunzendorf**, Kreis **Sorau N.-L.**, eingetragen worden.

Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Erich Hirsch in Döbern und Arthur Brückner in Görlitz. Zwei Kommanditisten sind bei der Gesellschaft beteiligt. (1229o)

Die Gesellschaft hat am 30. Mai 1919 begonnen.

Dem Kaufmann Johannes Hirsch in Wehlen und dem Glasmacher Oskar Hirsch in Döbern ist Gesamtprokura erteilt.

Sorau, 30. Mai 1919.

Das Amtsgericht.

Beschluß.

In Sachen **Lohse** Konkurs wird das Verfahren mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt. (1229r)

Berlin-Pankow, 30. Mai 1919.

Das Amtsgericht.

In Sachen **Gustav Meyer** Konkurs wird auf den **27. Juni 1919, vorm. 11 Uhr**, die Gläubigerversammlung berufen.

Tagesordnung: Anhörung der Gläubigerversammlung über Einstellung des Verfahrens wegen Mangels an Masse. (1229q)

Berlin-Pankow, 30. Mai 1919.

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. A ist heute bei Nr. 35 folgendes eingetragen worden:

Inhaber der Firma **C. Schwancberger, Luckau**, ist der Kaufmann Fritz Mittig in Luckau. (1012)

Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Schulden ist bei der Pachtung des Geschäfts ausgeschlossen.

Luckau, 12. Mai 1919.

Das Amtsgericht.